

über die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 15.09.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:20 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Hasan Ergen

Frau Carina Häusler

Vertretung für Frau Lisa Pientak

Vertretung für Herr Tim Kögler

Vertretung für Herr Torsten Kinzel ab
Tagesordnungspunkt ö 10 (nach
Sitzungsunterbrechung)

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

bis Tagesordnungspunkt ö 10 (bis zur
Sitzungsunterbrechung)

Herr Dr. Florian Klein

Herr Michael Lück

Herr Steffen Pawlik

Herr Holger Radenbach

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

Vertretung für Frau Laura Töpfer

Vertretung für Frau Janne Koch

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

bis einschließlich Tagesordnungspunkt ö 10

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Frau Estelle Dageroth
Frau Simone Feldmann
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Mittmann
Frau Sabine Noll
Frau Christiane Schärfke
Herr Thomas Waters

stellv. Schriftführer

Herr Marc Steven

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Frau Janne Koch
Herr Tim Kögler
Frau Lisa Pientak
Frau Laura Töpfer

Tagesordnung:

| TOP | Beratungsgegenstand | Vorlage Nr. |
|------------|--|--------------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - | |
| 3 | Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 4 | Projektdurchführung im Rahmen der Landesinitiative "NRW hält zusammen... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung" | IX/0850 |
| 5 | Weiterentwicklung des zweiten Bildungswegs in der Volkshochschule Monheim am Rhein | IX/0843 |
| 6 | Personalanpassung in den kommunalen Kindertagesstätten für das Kita-Jahr 2016/17 | IX/0846 |
| 7 | Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann zur Rattenbekämpfung im Kreisgebiet | IX/0858 |
| 8 | Aufstellung von Fahrradboxen am Busbahnhof und an der | IX/0863 |

| | | |
|----|--|-----------|
| | Bushaltestelle Baumberger Chaussee | |
| 9 | Mehrkosten Umgestaltung Alter Markt inkl. Kanalauswechslung - Genehmigung der dringlichen Entscheidung | IX/0855 |
| 10 | Bereitstellung von Grundstücken zum Bau zweier islamischer Gemeindezentren | IX/0812/2 |
| 11 | Schulstandort Lottenstraße/Krischerstraße -Planungsbeschluss- | IX/0825 |
| 12 | Entwicklung der Stadt Monheim am Rhein zum modernen digitalen Standort – Monheim 4.0 | IX/0857 |
| 13 | Halbjahresbericht zum Stichtag 30.06.2016 | IX/0834/1 |
| 14 | Mündliche Mitteilungen | |
| 15 | Mündliche Anfragen | |

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift vom 23. Juni 2016 zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

4 Projektdurchführung im Rahmen der Landesinitiative "NRW hält zusammen... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung" Vorlage: IX/0850

Beschlussempfehlung

- 1.) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt vorbehaltlich der Drittmittelzusage durch das Land NRW die Umsetzung des Projektes „Spielerisch-medialisierte Aneignung des Berliner Viertels durch benachteiligte Kinder und Jugendliche“. Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
- 2.) Im Haushaltsplan 2017 werden die erforderlichen 20 % Eigenmittel gemäß des oben genannten Antrags etatisiert.
- 3.) Im Rahmen der Stellenplanberatungen 2017 wird eine befristete nach EG 09 ausgewiesene Stelle zur Projektdurchführung eingerichtet.

einstimmig zugestimmt

5 Weiterentwicklung des zweiten Bildungswegs in der Volkshochschule Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0843

Protokoll:

Der Sprecher der FDP fragt nach, ob es valide Zahlen für den Anstieg der Teilnehmerzahlen gebe oder ob das Angebot ausgebaut worden sei. Die Verwaltung führt aus, dass es derzeit vier Klassen für den zweiten Weiterbildungsweg gebe. Davon zwei Haupt- und zwei Realschulklassen mit insgesamt 90 Teilnehmenden. Bei den Integrationskursen sei die Anzahl der Unterrichtseinheiten seit dem vergangenen Jahr von 11.300 auf 18.000 gestiegen. Des Weiteren sei geplant, aufgrund umfangreicher Berichtspflichten gegen über dem Land und der Umstellung auf den kompetenzorientierten Unterricht den zweiten Weiterbildungsweg überwiegend mit festangestellten Dozenten zu bestreiten. Der Sprecher der CDU fragt, ob mit dieser Beschlussvorlage nicht dem bereits beauftragten Gutachten vorweg gegriffen werde. Der Bürgermeister führt hierzu aus, dass es sich bei dem Gutachten um die Überprüfung der Kernstruktur der VHS im Allgemeinen und nicht um die Integrationskurse und den zweiten Weiterbildungsweg handle. Der Inhalt der Untersuchung solle innerhalb dieses Kernangebots stärker als bisher die Anforderungen der Nichtnutzer herausarbeiten. Die Verwaltung ergänzt, dass es durch die Honorarerhöhung für Dozentinnen und Dozenten deutlich attraktiver sei, Aufträge für Integrationskurse anzunehmen was sich negativ auf die Verfügbarkeit von Dozentinnen und Dozenten für den zweiten Weiterbildungsweg auswirken könne. Dieser Entwicklung wolle man mit der Anpassung der Honorare entgegenwirken. Der Sprecher der PETO erklärt, dass es keinen Grund gebe, hinsichtlich der Beschlüsse zu Integrationskursen und des zweiten Bildungsweges zunächst das Gutachten abzuwarten, da es sich um unterschiedliche Themen handle. Der Sprecher der CDU fragt ergänzend nach, inwieweit entfallene aber gut gebuchte Kurse wieder mit neuen Dozenten angeboten werden können. Der Bürgermeister führt aus, dass sofern es die Möglichkeit gebe, diese Kurse mit anderen Dozenten wieder angeboten würden. In sehr spezialisierten Einzelfällen werde dies jedoch nicht mehr möglich sein, da es sich um Nischenthemen handle. Ergänzend führt der Bürgermeister aus, dass das Rechnungsprüfungsamt mit einer Sonderprüfung beauftragt wurde, um zu überprüfen, ob die Entgeltordnung eingehalten wurde und Dozenten ohne die notwendige Qualifikation beschäftigt wurden. Hierzu müsse es allgemeinverbindliche Grundsätze geben. Das Ergebnis der Prüfung würde im Rechnungsprüfungsausschuss vorgestellt. Die Verwaltung führt ergänzend aus, dass die VHS derzeit über ein Allzeithoch von 150 Dozenten verfüge. Die nach dem Weiterbildungsgesetz anrechenbaren

Unterrichtseinheiten ohne Integrationskurse sind seit 2013 von 7.400 über 11.200 in 2015 auf schließlich 13.900 für den Zeitraum Januar bis August in 2016 gestiegen. Darüber hinaus stieg die Anzahl der Anmeldungen von 2600 in 2013 über 3800 in 2015 auf 4006 in 2016. Dies widerspreche der Presseberichterstattung der jüngeren Vergangenheit.

Der Sprecher der CDU gibt abschließend zu Protokoll, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da diese dem Gutachten nicht vorgreife.

Auch der Sprecher der SPD signalisiert Zustimmung.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt:

- 1.) Der Stellenplan 2016 wird unterjährig um eine unbefristete Teilzeitstelle (30 WS) EG 11 für Weiterbildungslehrende im Zweiten Bildungsweg erweitert.
- 2.) Im Stellenplan 2017 ff. wird eine auf fünf Jahre befristete Stelle im Umfang von 39 Wochenstunden EG11 für Weiterbildungslehrende im Integrationskursbereich ausgewiesen.
- 3.) Es werden für 2016 überplanmäßige Mittel für den Zweiten Bildungsweg und die Durchführung der Einstiegskurse in Höhe von insgesamt 14.000 € im Produkt Volkshochschule bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen „Zuwendung vom Bund“ im Produkt der Volkshochschule.
- 4.) Die Honorarhöhen des Zweiten Bildungswegs und der Einstiegskurse werden an die jeweils aktuell gültigen Vergütungsuntergrenzen für Honorarprofessoren der Integrationskurse (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) gekoppelt.

einstimmig zugestimmt

- 6 Personalanpassung in den kommunalen Kindertagesstätten für das Kita-Jahr 2016/17**
Vorlage: IX/0846

Beschlussempfehlung

1. Der Rat nimmt die aktuelle Personalsituation in den beiden kommunalen Kindertagesstätten zur Kenntnis.
2. Im Stellenplan 2016 werden unterjährig 5 zusätzliche Stellen nach Entgeltgruppe S8a TVöD ausgewiesen und schnellstmöglich besetzt.

einstimmig zugestimmt

- 7 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann zur Rattenbekämpfung im Kreisgebiet**
Vorlage: IX/0858

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird ermächtigt, die anliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

- 8 Aufstellung von Fahrradboxen am Busbahnhof und an der Bushaltestelle
Baumberger Chaussee
Vorlage: IX/0863**

Protokoll:

Der Sprecher der FDP fragt an, warum die Höhe der Mittel hierfür nicht benannt sei. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Finanzierung in der Erläuterung aufgezeigt sei.

Der Sprecher der SPD regt die Prüfung über die Einrichtung einer Fahrradstation im Stadtgebiet an.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies im Rahmen der geltenden Beschlusslage geprüft werde.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt den Bau von Fahrradboxen am Busbahnhof und an der Bushaltestelle Baumberger Chaussee.

Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel werden im Jahr 2017 zur Verfügung gestellt.

einstimmig zugestimmt

- 9 Mehrkosten Umgestaltung Alter Markt inkl. Kanalauswechslung -
Genehmigung der dringlichen Entscheidung
Vorlage: IX/0855**

Protokoll:

Der Sprecher der FDP fragt, wie es zu dieser Kostensteigerung kommen könne. Der Bürgermeister antwortet, dass insgesamt ein Anstieg der Baukosten zu verzeichnen sei, was an der insgesamt guten Auslastung der Baubranche läge. Aufgrund des Ausschreibungsergebnisses hätte kein Zuschlag erteilt werden müssen. Jedoch gehe die Verwaltung nicht von einer Angebotsverbesserung in einer neuerlichen Ausschreibung aus. Darüber hinaus wurde den Altstadtwirten zugesagt, die Maßnahme in den Wintermonaten durchzuführen, was auch mit dazu geführt habe, Den Auftrag jetzt zu erteilen.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein genehmigt die am 05.08.2016 vom Bürgermeister und dem Ratsmitglied Frau Lisa Pientak (Peto) getroffene dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Bereitstellung von 630.000,- Euro für die Baukosten bei der Investitionsmaßnahmen I6005.045 „Kanalauswechslung Turmstraße“ und I6004.072 „Altstadtplatz Alter Markt – Umgestaltung“.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 1 Bürgermeister, 16 PETO, 3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Die Linke, 1 FDP
Nein: 1 SPD

mehrheitlich zugestimmt**10 Bereitstellung von Grundstücken zum Bau zweier islamischer Gemeindezentren
Vorlage: IX/0812/2****Protokoll:**

Der Bürgermeister stellt die Veränderungen der aktuellen Vorlage vor. Es wurde der neue Vorschlag für das Grundstück der DITIB-Gemeinde eingefügt. Diese solle nicht wie bisher das alte Gelände an der Wilhelm-Busch-Schule, sondern das ehemalige Freibadgelände bekommen. Es fehle derzeit noch die Ausarbeitung des Notars, der kein Gutachten ohne vorliegenden Kaufvertragsentwurf verfassen könne. Hinsichtlich der überplanmäßigen Auszahlungen werde die Dringlichkeit seitens der Kommunalaufsicht als kritisch gesehen. Der SEG gegenüber sei es jedoch nicht fair, dass diese das attraktive Gewerbegrundstück noch weitere Monate vorhalten solle. Daher werde vorgeschlagen, die Mittel nicht überplanmäßig, sondern mit innerhalb eines Nachtragshaushalts bereitzustellen.

Die Beratung über geeignete Grundstücke hat ergeben, dass lediglich drei der 15 vorgeschlagenen Grundstücke für den Bau von Gemeindezentren in Betracht kämen und es wurde abgestimmt, das Gelände der alten Wilhelm-Busch-Schule für Wohnbebauung zu nutzen und das alte Freibadgelände nun der DITIB-Gemeinde anzubieten. Eine endgültige Einigung über die Frage des Standortes könne demnach in dieser Sitzungsperiode und vor der Bürgeranhörung bereits erzielt werden. Ferner möchte die Stadtverwaltung mit den Gemeinden über den Ankauf der alten Gemeindegrundstücke verhandeln.

Der Sprecher der CDU gibt zu Protokoll, dass noch keine Einigung erzielt worden sei. Es seien noch keine Nachverhandlungen über möglicherweise kleinere Grundstücke erfolgt. Außerdem fehlten noch Finanzierungs- und Betreiberkonzepte seitens der Gemeinden. Auch die unentgeltliche Überlassung sowie die Position einer Moschee am Orteingang würden von der CDU kritisch gesehen. Ferner hätten die Entwicklungen in der Türkei dazu geführt, dass eine Zusammenarbeit mit der DITIB abgelehnt werde.

Es solle demnach noch keine Vorfestlegung getroffen werden, da noch wesentliche Punkte geklärt werden müssten.

Der Sprecher der PETO betont die grundsätzliche Einigung über die Unterstützung der Gemeinden. Auch über das Wo konnte eine Einigung erzielt werden und daher könne der Beschluss darüber bereits gefasst werden. Für die PETO sprächen insbesondere die Kapazitätsauslastung der bisherigen Gemeindezentren und die Partnerschaft in der Integrationsarbeit dafür, durch eine weitere Öffnung gegenüber den Gemeinden ein noch besseres Miteinander zu erzielen. Gerade dabei sei die kritische Haltung gegenüber dem DITIB-Bundesverband nicht maßgeblich.

Der Sprecher der SPD hebt die bisherigen Diskussionsprozesse hervor. Die Anpassung des Vorschlags für die Grundstücke sei positiv, jedoch werde auch hier, das Fehlen von Konzepten bemängelt und der Abschluss von Geschäften mit dem DITIB-Bundesverband abgelehnt. Daher schlage die SPD vor, zwei getrennte Vorlagen zu erarbeiten, um die unterschiedlichen Grundlagen angemessen zu würdigen.

Der Bürgermeister bietet an, in einer Sitzungsunterbrechung zwei getrennte Beschlussvorlagen anzubieten. Des Weiteren betont der Bürgermeister noch einmal sein Verständnis von Integration. Dies sei nicht nur die Bringschuld der Gemeinden zur Annäherung, sondern auch die Bringschuld der Stadt eine offene Haltung zu zeigen und die Lebensumstände der Gemeinden zu respektieren. Die Diskussion um DITIB sei derzeit sehr kontrovers, aber durch die Verbindlichkeit der Verträge sei

auch ein Vertragsschluss mit dem DITIB-Bundesverband unproblematisch. Insbesondere für diesen Verband sei die Verfassungstreue ein großes Zugeständnis und mit dieser Zusage sei ein Vertragsschluss möglich.

Der Sprecher der Grünen hebt ebenfalls die Grundstücksauswahl hervor. Die Übertragung der Grundstücke an die Gemeinden solle weiterhin mit strengen Auflagen verknüpft werden. Die Konzepte hinsichtlich der Integrationsarbeit und der Finanzierung seien noch überarbeitungswürdig. Die DITIB Gemeinde in Monheim solle sich außerdem zur Politik der türkischen Regierung äußern, um nachvollziehen zu können, dass die Kritik am DITIB-Bundesverband mitgetragen werde.

Der Sprecher der FDP sieht die kurzfristige Vorlage der Unterlagen kritisch, da eine ausreichende Vorbereitung nicht möglich sei. Außerdem wurde gefragt, warum das Kurzgutachten des Notars noch nicht vorliegen könne. Herr Dr. Heide ergänzt, dass die Umsetzung des Vorhabens über Notarverträge erfolge. Alle konkreten Fragen hinsichtlich der Umsetzung der Verträge sollten geklärt werden, wenn die Rahmenbedingungen feststehen, damit der Notar eingeschränkte

Rahmenbedingungen zu prüfen habe, da das Gutachten bei einem abstrakteren Prüfauftrag deutlich umfangreicher und weniger zielgerichtet ausfallen würde.

Der Bürgermeister ergänzt, dass insgesamt vier Verträge geschlossen würden. Jeweils ein Kaufvertrag mit der Stadt über die alten Grundstücke und ein Vertrag zwischen der SEG/AWB und den jeweiligen Gemeinden. Im Falle der Einigung würden bereits Entwürfe an den Notar geschickt, um das genannte Gutachten beauftragen.

Der Sprecher der FDP fragt ergänzend, ob die Verträge nach endgültiger Klärung noch einmal beschlossen würden. Der Bürgermeister bejaht dies.

Der Sprecher der PETO schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor, um einen gemeinsamen Beschluss zu erarbeiten.

Der Sprecher der CDU weist darauf hin, dass eine Annäherung erfolgt sei, aber noch keine grundsätzliche Eignung möglich wäre.

Der Bürgermeister betont noch einmal, dass auch die Ausarbeitung der Konzepte verbessert werden könne, sofern sich bereits jetzt auf feste Grundstücke festgelegt würde. Eine Konkretisierung sei beispielsweise im Hinblick auf Raumkonzepte sinnvoll.

Der Sprecher der Grünen schlägt vor, den Beschluss dahingehend abzuwandeln, dass an die Standortentscheidung die Bedingung gekoppelt werde, dass die noch offenen Konzepte vorher zu vorzulegen seien. Die SPD unterstützt diesen Vorschlag und ergänzt, dass die Beschlussvorschläge getrennt werden sollten.

Der Bürgermeister hält dagegen, dass beispielsweise Spenden-/ und Finanzierungskonzepte erst mit der Grundstückszusage abzuverlangen wären, da die Gemeinden danach in die Feinplanung der Projekte einsteigen könnten. Die Planung der Konzepte könne mit Unterstützung der Stadtverwaltung erfolgen.

Der Sprecher der FDP betont in diesem Zusammenhang, dass auch er eine Bringschuld der Gemeinden sehe.

Der Bürgermeister führt aus, dass auch andere Konzepte nicht von Vereinen selbst, sondern von der Stadt verfasst würden und daher solle den Gemeinden nichts abverlangt werden, was andere Vereine nicht leisten müssten.

Der Sprecher der CDU weist darauf hin, dass die beschlossene Bedarfsanalyse der Gemeinden hinsichtlich der Flächenbedarfe noch fehle.

Der Bürgermeister entgegnet, dass eine Bedarfsanalyse vorliege und dass dieser Bedarf angemessen erscheine.

Die Sitzung wird von 20:50 – 21:30 Uhr unterbrochen.

Hiernach stellt der Bürgermeister die beiden erarbeiteten Beschlussentwürfe vor, die unter den Ausschussmitgliedern verteilt werden.

Beschluss:

Standortentscheidung A über den Bau eines islamischen Gemeindezentrums für die Gemeinde „Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e.V.“

Der Haupt und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Gemeinde „Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e.V.“ auf Basis der vorhandenen Zusammenarbeit ein Konzept zur weiteren Stärkung der Integration ihrer Mitglieder am zukünftigen Standort eines geplanten Gemeindezentrums zu erarbeiten.
- II. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung, den Standortvorschlag zur Errichtung eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein „Islamische Gemeinde Monheim und Umgebung e.V.“ im Geltungsbereich des Bebauungsplans 126 M „Menk-Gelände“ in einer Bürgerbeteiligung der Öffentlichkeit vorzustellen.
- III. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH werden gemäß § 113 Abs. 1 GO NRW angewiesen, das genannte Grundstück der Stadtentwicklungsgesellschaft bis zur abschließenden Beschlussfassung des Rates in dieser Angelegenheit keiner anderen Verwendung zuzuführen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit der Gemeinde über den Ankauf des bisher genutzten Grundstücks Opladener Straße 129 aufzunehmen und dem Rat das Ergebnis in seiner nächsten Sitzung zur Entscheidung vorzulegen.

Standortentscheidung B über den Bau eines islamischen Gemeindezentrums für die Gemeinde „DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.“

Der Haupt und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgende Beschlussfassung:

- I. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Gemeinde „DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.“ auf Basis der vorhandenen Zusammenarbeit ein Konzept zur weiteren Stärkung der Integration ihrer Mitglieder am zukünftigen Standort eines geplanten Gemeindezentrums zu erarbeiten.
- II. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung, den Standortvorschlag zur Errichtung eines islamischen Gemeindezentrums durch den Verein „DİTİB-Türkisch Islamische Gemeinde zu Monheim e.V.“ auf dem Gelände des ehemaligen Freibads im Bereich des laufenden Bebauungsplanverfahrens 106 M „östlich Heide“ in einer Bürgerbeteiligung der Öffentlichkeit vorzustellen.
- III. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH werden gemäß § 113 Abs. 1 GO NRW angewiesen, das genannte Grundstück der Allwetterbad GmbH bis zur abschließenden Beschlussfassung des Rates in dieser Angelegenheit keiner anderen Verwendung zuzuführen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit der Gemeinde über den Ankauf des bisher genutzten Grundstücks Niederstraße 52 aufzunehmen und dem Rat das Ergebnis in seiner nächsten Sitzung zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:Standortentscheidung A:**Einstimmig zugestimmt**Standortentscheidung B:

Ja: 1 Bürgermeister, 16 PETO, 1 Die Linke
Nein: 3 CDU, 1 SPD
Enthaltung: 1 Bündnis 90/ Die Grünen, 1 FDP

Mehrheitlich zugestimmt**11 Schulstandort Lottenstraße/Krischerstraße
-Planungsbeschluss-
Vorlage: IX/0825****Protokoll:**

Die Sprecherin der PETO schlägt aufgrund der Diskussionen im Planungsausschuss vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass zwei alternative Vorschläge für eine Fassade, darunter eine Klinkerfassade eingereicht werden sollen.

Der Sprecher der SPD gibt zu Protokoll, dass die SPD dem nicht zustimmen werde, da sie den Erhalt des alten Gebäudes bevorzuge.

Der Sprecher der CDU spricht sich für den Neubau aus und unterstützt den alternativen Beschlussvorschlag, sofern der Architektenwettbewerb ergebnisoffen geführt werde.

Beschlussempfehlung

1. Zur Sicherstellung der räumlichen Versorgung der Schulen am Schulstandort Lottenstraße/Krischerstraße soll dieser auf Grundlage der Schulentwicklungsplanung mit einem Neubau für die Lottenschule und die Astrid-Lindgren-Schule sowie einer dazugehörigen Sporthalle überplant werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die erforderlichen Baumaßnahmen bis zur Ausschreibungsreife zu erstellen. Architektonische Merkmale des bisherigen Lottenschulgebäudes sollen im Neubaukonzept erkennbar bleiben. Zwei alternative Konzepte, darunter eines mit einer Klinkerfassade sollen den Ratsgremien im Rahmen des Baubeschlusses zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
3. Die Finanzierung der Planungsleistungen erfolgt zunächst aus den im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2016 unter Investition I7102.083 für die Einschaltung der Planungsbeteiligten bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio. €.
4. Der Kostenrahmen für das Gesamtprojekt liegt bei 27,0 Mio. € abzgl. der bereits etatisierten Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio. €, so dass die verbleibenden Haushaltsmittel in Höhe von 26,0 Mio. € im Haushalt 2017 bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 1 Bürgermeister, 16 PETO, 3 CDU, 1 Bündnis 90/ Die Grünen, 1 FDP
Nein: 1 SPD

mehrheitlich zugestimmt

- 12 Entwicklung der Stadt Monheim am Rhein zum modernen digitalen Standort – Monheim 4.0**
Vorlage: IX/0857

Protokoll:

Der Bürgermeister erläutert ergänzend zur Vorlage, dass mit diesem Konzept unter dem Titel Monheim 4.0 alle Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet und die teilweise bereits umgesetzt werden, in einer Gesamtstrategie zusammengefasst würden. Konkrete Einzelmaßnahmen werden dem Haupt- und Finanzausschuss jeweils zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beschlussempfehlung

1. Der Rat nimmt die Zielsetzungen zur Entwicklung der Stadt zum modernen digitalen Standort zustimmend zur Kenntnis.
2. Der mit Vorlage IX/0569 beschlossene Ausbau des öffentlichen WLAN-Angebots wird insoweit vorgezogen, dass er parallel zum Ausbau des Glasfasernetzes durch die MEGA bereits nach Möglichkeit Ende des Jahres 2018 abgeschlossen ist. Die Verteilung der hierfür bereits etatisierten Investitionsmittel wird entsprechend angepasst.
3. Die im Haushaltsjahr 2017 und den Folgejahren geplanten strategischen Investitionsmaßnahmen bedürfen vor ihrer jeweiligen Realisierung eines entsprechenden Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses.

einstimmig zugestimmt

- 13 Halbjahresbericht zum Stichtag 30.06.2016**
Vorlage: IX/0834/1

Protokoll:

Der Bürgermeister führt ergänzend zur Vorlage aus, dass die Gewerbesteuererträge etwas hinter der Planung zurück blieben, da einige Unternehmensansiedlungen später als geplant vollzogen worden seien.

Zur Kenntnis genommen

- 14 Mündliche Mitteilungen**

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vor.

15 Mündliche Anfragen

Protokoll:

Es werden keine Anfragen gestellt.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Marc Steven
Schriftführer/in